



Zwischen zwei Revolutionen: 1789 – 1848

Tilman Koops

Als Napoleon am 6. April 1814 die Kaiserkrone von Frankreich im Schloss Fontainebleau niederlegte, ging eine revolutionäre Epoche zu Ende, die den europäischen Kontinent von Grund auf verändert hatte. Unter der blau-weiß-roten Trikolore und den Klängen der Marseillaise hatten die französischen Armeen seit 1792 die Nachbarstaaten erobert. Mit dem Sieg der Waffen hatten die Franzosen auch die Errungenschaften ihrer Revolution von 1789 exportiert: die Zerschlagung der feudalen Ständegesellschaft, die Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte und die Beseitigung von Hemmnissen für die freie Wirtschaft.

Die Begeisterung deutscher Intellektueller für die universalen Ziele der Französischen Revolution nahm in dem Maße ab, indem sich die Nachrichten über die Schreckensherrschaft Robespierres in Deutschland verbreiteten. Die deutschen Jakobiner blieben eine kleine Minderheit in der Bevölkerung, welche die Lasten der Franzosenherrschaft apathisch oder widerstrebend ertrug.

Auch den Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahre 1806 nahmen die Zeitgenossen gleichmütig oder mit Erleichterung hin. Anstelle des politischen Fleckenteppichs von über 300 Territorien entstanden lebensfähige Mittelstaaten, die neben den deutschen Großmächten Österreich und Preußen im 19. Jahrhundert das „Dritte Deutschland“ repräsentierten: Bayern, Württemberg, Baden und Hessen (-Darmstadt). Diese und andere Staaten waren als Mitglieder des Rheinbunds aus dem Deutschen Reich ausgeschieden, ihre Gesetzgebung und Verwaltung orientierten sich am französischen Beispiel und gewährten den Untertanen, wenn auch in beschränktem Umfang, Rechtssicherheit, freie wirtschaftliche Betätigung und



religiöse Toleranz in gemischtkonfessionellen Territorien. Das Sonderrecht, dem die jüdische Bevölkerung seit Jahrhunderten unterworfen war, wurde gelockert oder aufgehoben.

Die Modernisierungsbestrebungen in Österreich und Preußen waren die Folgen von Niederlagen: der Österreichs in der Schlacht von Austerlitz 1805 und der preußischen Katastrophe von Jena und Auerstedt ein Jahr später. Das Militärprogramm des österreichischen Ministers Stadion und die Stein-Hardenbergschen Reformen in Preußen orientierten sich an den gesellschaftspolitischen Ergebnissen der Französischen Revolution, richteten sich aber gegen den Vollender dieser Revolution, gegen Napoleon. Die Teilnahme der Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung, die Bauernbefreiung und die Einführung der Gewerbefreiheit sollten den Staat nach innen und außen stärken.

Der Untergang der „Grande Armée“ in Russland im Winter 1812/13 gab den preußischen Patrioten das Signal zur Erhebung gegen die französische Besatzung. Zu den regulären Truppen wie zu den aus Privatmitteln finanzierten Freikorps meldeten sich Freiwillige, überwiegend Studenten, die sich dem Kampf für die Freiheit verschrieben hatten. Freiheit hieß zunächst Freiheit von fremder Unterdrückung. Mit dem Freiheitskampf, zu dem Dichter und Literaten wie Heinrich v. Kleist, Ernst Moritz Arndt und Theodor Körner sowie Turnvater Jahn aufriefen, verbanden sich auch Fremdenhass und Nationalismus.

Freiheit bedeutete den Kriegsteilnehmern aber auch die Wiederherstellung des untergegangenen Reiches mit einem Kaiser an der Spitze, der getragen werden sollte vom freien Volkswillen. Hier trafen romantische Vorstellungen vom Mittelalter auf demokratisches Gedankengut. Der Wiener Kongress von



1814/15 zerstörte diese Hoffnungen, aber er schuf eine Ordnung, die Europa für mehr als dreißig Jahre den Frieden sicherte.

Kernstück dieser Ordnung war der Deutsche Bund, eine lockere Föderation von 35 souveränen Fürsten und vier Freien Städten mit dem Zweck, die äußere und innere Sicherheit Deutschlands und die Unabhängigkeit sowie Unverletzlichkeit aller Bundesglieder zu garantieren. Die Bundesakte vom 8. Juni 1815 gewährte den Untertanen nur wenige, beschränkte Rechte: die Freizügigkeit innerhalb des Deutschen Bundes und den Wegfall der Auswanderungssteuer, die Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen und die Verbesserung der Lage der Juden, die Einführung der Pressefreiheit und den Schutz des geistigen Eigentums. Der in der Folgezeit am heftigsten umstrittene Artikel XIII verhiess, dass „in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung stattfinden“ sollte. Die Enttäuschung der deutschen Patrioten über dieses Ergebnis des Wiener Kongresses war riesengroß; statt eines machtvollen Nationalstaats ein Staatenbund, statt eines Kaisers ein Gesandtenkongress der Fürsten. Kein Wort über die Garantie der bürgerlichen Freiheitsrechte, kein Wort über die Mitwirkung der Untertanen in staatlichen Angelegenheiten. Dagegen weckte die „landständische Verfassung“ ungute Erinnerungen an vorrevolutionäre Zustände.

Als Urheber, Garant und damit als Symbolfigur der Restauration galt der österreichische Staatskanzler Clemens Fürst von Metternich. Er hatte den Wiener Kongress geleitet und sah bis zu seinem Sturz im März 1848 seine Hauptaufgabe in der Unterdrückung revolutionärer Bewegungen. Das „System Metternich“, das über Österreich hinaus den gesamten Deutschen Bund beherrschte, stand für Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Verfolgung



liberaler Politiker, Bespitzelung von Professoren und Studenten und Zerschlagung freiheitlicher Vereinigungen.

Die Restauration war allerdings nicht gleichbedeutend mit der Rückkehr zum Ancien Régime, auch wenn der Kurfürst von Hessen für seine Soldaten die Zopfperücke als Symbol seiner zurückgewonnenen Herrschaft wieder einführte. Das Fehlen des einheitlichen Nationalstaats eröffnete nämlich den einzelnen Bundesstaaten den Spielraum für die Förderung von Verfassungsbestrebungen und gesellschaftlicher Modernisierung. Die Fürsten gewährten die Verfassungen allerdings nicht aus innerer Überzeugung und liberaler Neigung, sondern aus politischem Kalkül. So sollte die Verfassung des Großherzogtums Baden vom 22. August 1818 ein Schutzschild gegen die Annexionsgelüste der Nachbarn Württemberg, Bayern und Österreich sein und ein festes Band zwischen dem Herrscherhaus und seinen alten und neuen Untertanen knüpfen. Die Verfassung gewährte den Badenern die Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Besteuerung, gleichen Zugang zu allen Ämtern, allgemeine Wehrpflicht, Gewaltenteilung, Schutz des Eigentums, persönliche und Gewissensfreiheit. Die Ständeversammlung, das Parlament, teilte sich in zwei Kammern: in der Ersten Kammer saßen die geborenen Mitglieder des Adels und vom Großherzog persönlich ernannte Abgeordnete, während die 63 Abgeordneten der Zweiten Kammer nach dem allgemeinen, gleichen und indirekten Wahlrecht für Männer gewählt wurden. Das Wahlrecht begünstigte die Bildung liberaler Mehrheiten, deren Wortführer Bürgermeister, Verwaltungsjuristen, Professoren und Lehrer waren. Der öffentliche Dienst war also schon im Vormärz in den Parlamenten stark vertreten.

Die Reformvorstellungen, die diese Staatsbediensteten im Amt nicht verwirklichen konnten, trugen sie in ihren Reden und Anträgen als Abgeordnete



im Plenum vor. Das Karlsruher Ständehaus wurde damit ein Forum der politischen Öffentlichkeit, und seine Debatten über die Ablösung feudaler Lasten, die Wiederherstellung der Pressefreiheit und die nationale Einheit wirkten über die badischen Landesgrenzen nach ganz Deutschland hinein. Der großherzoglichen Regierung waren diese Erörterungen unbequem, und sie suchte mit Repressalien, die bis zur Urlaubsverweigerung und Amtsenthebung für beamtete Abgeordnete gingen, die Opposition einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Die Unterstützung durch die Wähler, die sich in der Errichtung von Triumphbögen, Verleihung von Bürgerkronen und Ausrichtung von Festbanketten äußerte, ermutigte die Politiker, ihre Vorstellungen unbeirrt weiter zu vertreten.

Trotzdem, in den Fragen, die die Nation bewegten, blieb den Liberalen der Erfolg versagt. Das badische Pressegesetz von 1832 scheiterte an der Intervention des Deutschen Bundes, und weder für die deutsche Einheit noch für die politische Freiheit waren Fortschritte zu verzeichnen.

Am 12. Juni 1815 hatten in Jena elf Studenten, die fast alle im Freikorps Lützow an den Befreiungskriegen teilgenommen hatten, die Urburschenschaft gegründet, um die „Freiheit und Selbständigkeit des Vaterlandes“ zu erkämpfen. Als Farben ihrer Verbindung wählten sie die Uniform der Lützower - schwarzer Waffenrock, rote Aufschläge und goldene Knöpfe. Die Farbkombination ihrer Schärpen kehrte in der rot-schwarz-roten Fahne mit goldenen Eichenblättern wieder. Sehnsucht nach dem Reich des Mittelalters ließ die Legende entstehen, Schwarz-Rot-Gold wären die Farben der deutschen Kaiser gewesen. Treffender beschrieb das Wort „Aus der Knechtschaft Nacht durch blutigen Kampf zum goldenen Tag der Freiheit“ den Symbolgehalt der deutschen Trikolore.



Die Burschenschaften breiteten sich rasch an den deutschen Universitäten aus. Die erste gesamtdeutsche Zusammenkunft fand am 18. und 19. Oktober 1817 auf der Wartburg bei Eisenach statt. 500 evangelische Studenten und einige Professoren aus Jena feierten das dreihundertjährige Jubiläum der Reformation und den fünften Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig. In einer Mischung aus konfessioneller Überheblichkeit und nationalem Pathos berauschten sich die Redner an Luthers Kampf gegen die päpstliche Tyrannei und beschuldigten die Fürsten des Bruchs ihres Verfassungsversprechens. Der weihevollen Feier folgte die Posse: Einige Studenten aus der Gefolgschaft des Turnvaters Jahn übergaben einen Korporalstock, eine Zopfperücke und mehrere Bücher als Sinnbilder der Reaktion dem Feuer. Diese Aktion, kaum mehr als ein Studentenuk, weckte bei Metternich die Furcht vor einem unmittelbar bevorstehenden Umsturz. Allerdings gelang es ihm zunächst nicht, das Verbot der Burschenschaften durchzusetzen. Ihre Auflösung war vielmehr die Folge von unbesonnenen Handlungen einzelner Mitglieder.

Der Gießener Burschenschafter und Privatdozent Karl Follen hatte als geheime Vereinigung den „Bund der Schwarzen“ gegründet. Die Angehörigen dieses Bundes sollten sich für die Demokratie und einen deutschen Einheitsstaat mit starker Zentralgewalt einsetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, so lehrte Follen, reichten Reden, Bücher und Flugschriften nicht aus; notwendig sei vielmehr die direkte Aktion, um das Volk aufzurütteln und zum Bundesgenossen zu gewinnen. Notfalls dürfe man auch nicht vor dem Tyrannenmord zurückschrecken.

Follens Lehre von der Überzeugungstat fiel bei einem Anhänger auf fruchtbaren Boden: Karl Ludwig Sand, der Fahnenträger des Wartburgfestes, ein verschlossener und menschenscheuer Theologiestudent, beschloss August v. Kotzebue zu ermorden. Der erfolgreiche Komödiendichter hatte sich abfällig



über das altdeutsche Gehebe der Burschenschaften geäußert und dem russischen Zaren Alexander I. über die Unruhe an den deutschen Universitäten berichtet. In den Augen der Studenten hatte sich Kotzebue damit als Lästlerer deutschen Wesens und als russischer Spion gleich zweifach versündigt. Am 23. März 1819 ermordete Sand den Dichter in dessen Mannheimer Wohnung.

Das Attentat löste allerdings nicht die ersehnte allgemeine Erhebung aus, und Sand wurde auf dem Mannheimer Marktplatz öffentlich hingerichtet. Sein Tod machte ihn zum Märtyrer der Freiheit. Wie Reliquien wurden Locken von seinem Haupt und Späne vom Blutgerüst gesammelt.

Folgenreicher als Sands Tat selbst war die Reaktion der Herrschenden. Metternich erkannte die Gunst der Stunde, für die „der vortreffliche Sand auf Kosten des armen Kotzebue“ gesorgt hatte, und ließ die Statuten und Protokolle der Burschenschaften zum Beweis ihrer revolutionären Gesinnung veröffentlichen. In Absprache mit Preußen setzte Metternich im Deutschen Bund am 20. September 1819 die Verabschiedung der Karlsbader Beschlüsse durch: Die Burschenschaften wurden verboten, die Universitäten unter die Aufsicht von Staatskommissaren gestellt, die Pressefreiheit wurde aufgehoben und in Mainz die Zentraluntersuchungskommission zur Verfolgung von „Demagogen“ geschaffen. Die Karlsbader Beschlüsse blieben bis 1848 in Kraft. Die einzelnen Staaten handhabten die Ausführung der Beschlüsse jedoch höchst unterschiedlich - dies war eine positive Auswirkung des deutschen Partikularismus. In Österreich und Preußen wurden die Burschenschafter in die Gefängnisse geworfen oder zur Emigration gezwungen. Geistige Vorkämpfer der Befreiungskriege wurden verfolgt: Ernst Moritz Arndt verlor seine Bonner Professur, Turnvater Jahn wurde unter Hausarrest gestellt, Joseph Görres konnte sich seiner Verhaftung nur durch Flucht entziehen. Eine scharfe Zensur unterdrückte alle oppositionellen Regungen.



Andere Regierungen verfahren flexibler: Der preußische Flüchtling Görres erhielt 1827 in München eine Professur für Geschichte, politische Pamphlete und Karikaturen, die die Zensur des einen Staates verbot, konnten in einem anderen Staat ungehindert erscheinen, und auch die Wortführer der Karlsbader Beschlüsse, Österreich und Preußen, ließen bisweilen Gnade vor Recht ergehen, gewährten einzelnen „Demagogen“ Amnestie und übernahmen sie in den Staatsdienst.

Die Blüte der deutschen Freiheit war für die Intellektuellen böswillig geknickt worden. In der Auseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion waren sie nun auf die Zuschauerplätze verwiesen. Immerhin konnten sie in ihren Zeitungen die Debatten zwischen Konservativen und Liberalen in den französischen Kammern und im britischen Unterhaus verfolgen. Die Befreiung der lateinamerikanischen Kolonien von Spanien und Portugal und der griechische Freiheitskampf gegen die Türken waren gleichfalls Themen der Berichterstattung. Deutsche Freiwillige, unter ihnen Gustav Tiedemann und Georg Böning, unterstützten die Hellenen und sammelten militärische Erfahrungen, die ihnen in der Revolution von 1848/49 zugute kamen.

Die französische Julirevolution von 1830 entfesselte in Europa aufs Neue die unterdrückten freiheitlichen Bewegungen. Die Pariser stürzten König Karl X. und proklamierten seinen Vetter Louis Philippe zum „König der Franzosen“. Die Belgier erklärten ihre Unabhängigkeit vom Königreich der Niederlande und gaben sich eine liberale Verfassung, die der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 als Vorbild diente. In deutschen Residenzen und Großstädten brachen Aufstände aus; die Braunschweiger brannten das Schloss ihres Herzogs nieder, und in Kassel musste der Kurfürst von Hessen eine Verfassung bewilligen.



Den größten Widerhall fand der polnische Aufstand gegen die russische Herrschaft. Polen, das seine staatliche Existenz 1795 durch die dritte Teilung verloren hatte, war vom Wiener Kongress teilweise wiederhergestellt worden, allerdings unter der Oberhoheit des Zaren, der die Russifizierung und damit die Einverleibung Polens in das russische Reich förderte. Gegen diese Politik erhob sich unter der Führung des Adels im November 1830 das polnische Volk, das nach einem Jahr tapferer Gegenwehr der russischen Übermacht erlag. Tausende von Freiheitskämpfern flüchteten nach Deutschland und Frankreich. Deutsche Liberale gründeten Unterstützungsvereine, organisierten Geldsammlungen und luden die durchziehenden Polen zu Festessen ein. Den Regierungen waren diese Solidaritätsaktionen höchst suspekt, denn sie fürchteten zu Recht, dass die polnischen Emigranten die Ruhe und Ordnung gefährden würden. Tatsächlich wirkten die Polen als revolutionärer Sauerteig und traten bei allen Unruhen und Aufständen hervor. In Deutschland beteiligten sich polnische Berufsrevolutionäre am Hambacher Fest und am Frankfurter Wachensturm und spielten in der Reichsverfassungskampagne 1849 eine führende Rolle.

Obwohl die Regierungen die Bewegung von 1830 unterdrückt hatten, gärte es im Untergrund weiter. Das Hambacher Fest vom 27. Mai 1832 bei Neustadt an der Weinstraße manifestierte erneut den Freiheitswillen. Mehr als 30 000 Teilnehmer versammelten sich unter der schwarz-rot-goldenen Fahne. Johann Georg August Wirth, einer der Hauptredner des Festes, ließ die deutsche Republik als Teil der künftigen republikanischen Konföderation Europas hochleben. Die bayerische Regierung verbot die deutschen Farben, wie sie jetzt heißen, und verfolgte die Organisatoren des Festes mit Prozessen.



Den Reden folgte knapp ein Jahr später die Tat. Am 3. April 1833 überfielen 50 Verschwörer die Wachen in Frankfurt mit der Absicht, die Gesandten der Bundesversammlung festzusetzen und damit das Signal für eine allgemeine Erhebung in Deutschland zu geben. Da das Unternehmen vorher verraten worden war, erwartete Militär die Aufständischen. Der Frankfurter Wachensturm scheiterte auch an der ausgebliebenen Unterstützung durch Frankfurter Bürger und hessische Bauern. Dennoch gewannen die Studenten viel Sympathie; Bilderbogen und Lieder verherrlichten ihre Aktion, Gefängniswärter verhalfen ihnen zur Flucht.

Nach diesem Anschlag suchten die Regierungen verstärkt nach Hintermännern und geheimen Verbindungen. Die Mainzer Zentralbehörde musste allen politischen Gegnern nachspüren. 1838 legte sie als Ergebnis fünfjähriger Tätigkeit ein Fahndungsbuch von 1867 Personen vor, die als „Demagogen“ polizei- und gerichtsbekannt geworden waren.

Obgleich der Frankfurter Wachensturm die letzte direkte Aktion vor dem Ausbruch der Revolution im Frühjahr 1848 war, gab es nun keine Ruhe mehr. Der Protest der „Göttinger Sieben“ gegen die Aufhebung der hannoverschen Verfassung und ihre Entlassung zeigte den Wandel im Bewusstsein der Öffentlichkeit. Seit 1830 war ein intellektuelles Klima entstanden, das trotz der weiterhin ausgeübten Zensur die öffentliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen förderte. Nach Hegels Tod lösten sich seine Schüler aus dem Bann des preußischen Staatsphilosophen und verwandten seine dialektische Methode als Waffe gegen Staat und Gesellschaft.

Anfangs wurden die Auseinandersetzungen auf dem Felde der Theologie ausgetragen: Bruno Bauer, David Friedrich Strauß und Ludwig Feuerbach knüpften an die rationalistische Theologie und die radikale



Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts an und stellten die Grundlagen des Gottesgnadentums infrage. In den Auseinandersetzungen um die Ausstellung des Heiligen Rocks in Trier, die Deutschkatholiken und die protestantischen Lichtfreunde formierten sich die politischen Richtungen des Konservatismus, des Liberalismus und des Sozialismus.

Das philosophische Interesse wandte sich jedoch gleichzeitig der sozialen Realität zu. Karl Marx und Friedrich Engels analysierten die frühkapitalistische Klassengesellschaft und kamen zu dem Ergebnis: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“

Ähnlich wie Hegels Tod für die Philosophie, bedeutete für die Literatur Goethes Ableben den Beginn einer neuen Epoche. Junge Schriftsteller entdeckten die Wirklichkeit ihrer Umwelt. Mit ihren Berichten aus Paris über das „juste milieu“ Louis Philippes begründeten Ludwig Börne und Heinrich Heine das politische Feuilleton. Ludolf Wienbarg, Karl Gutzkow, Heinrich Laube und Theodor Mundt, die Schriftsteller des „Jungen Deutschland“, traten in ihren Romanen für die persönliche Freiheit ein und forderten ein neues, freies Verhältnis zwischen Mann und Frau. Damit rüttelten sie an den Standesschranken und am moralischen Fundament der Restauration. Das Publikationsverbot der Bundesversammlung für das „Junge Deutschland“ war die Folge.

Auch die Lyriker griffen in den Tageskampf ein. Heinrich Hoffmann von Fallersleben ironisierte in seinen „Unpolitischen Gedichten“ die Idylle des selbstzufriedenen Biedermeiers, Georg Herwegh rief in seinen Gedichten zum Aufbruch auf, und Ferdinand Freiligrath, der ursprünglich die politische Lyrik abgelehnt hatte, wurde zum populären Dichter der Revolution.

Die Verelendung der Arbeiter rief die Dichter ebenfalls auf den Plan. Über den schlesischen Weberaufstand 1844 erschien eine Fülle von Schriften und



Gedichten, von denen Heinrich Heines „Weberlied“ das bekannteste ist. Bettine von Arnim schilderte das Wohnungselend in den Industriestädten. Das Buch passierte nur die Zensur, weil sie es Friedrich Wilhelm IV. („Dies Buch gehört dem König“) gewidmet hatte. Georg Weerth verlangte in seinem „Hungerlied“ vom König die Versorgung der darbenenden Bevölkerung mit Brot.

Viele Schriftsteller zahlten für ihr offenes Eintreten mit der Vertreibung ins Ausland. Aus dem Exil, vor allem aus Zürich, wo Julius Fröbel einen Verlag der literarischen Opposition gegründet hatte, versuchten sie, auf die deutschen Verhältnisse einzuwirken. Die Kölner „Rheinische Zeitung“ ist ein Beispiel für die Radikalisierung der Publizistik im Vormärz. Sie war das Sprachrohr der Liberalen, herausgegeben von Bankiers und Unternehmern. Unter ihrem Chefredakteur Karl Marx kritisierte die Zeitung die preußische Verwaltung und Justiz so schonungslos, dass die Regierung sie schließlich 1843 verbot. Ähnliche Auseinandersetzungen mussten Gustav Struve in Mannheim und Josef Fickler in Konstanz mit der badischen Zensur bestehen.

Kritik an der Restauration übten auch Maler, vor allem aus dem Umkreis der Düsseldorfer Kunstakademie. Karl Friedrich Lessings „Hussitenpredigt“ von 1836 wandte sich gegen Monarchie und kirchliche Orthodoxie, in Joseph Heines „Gottesdienst in der Zuchthauskirche“ von 1837 waren verurteilte Demokraten zu sehen. Wilhelm Hübner brandmarkte in seinem Gemälde „Die schlesischen Weber“ 1846 das Elend der Heimarbeiter. Wilhelm Kleinenbroichs „Mahl- und Schlachtsteuer“ von 1847 attackierte das ungerechte preußische Steuersystem. Johann Peter Hasenclever machte in seinen Genreszenen den Spießbürger lächerlich und enthüllte mit dem Bild „Arbeiter vor einem Magistrat“ 1848 die Angst der Besitzbürger vor dem Proletariat.



Zu den Komponisten, die sich der revolutionären Veränderung von Staat und Gesellschaft verschrieben hatten, gehörten Richard Wagner und Albert Lortzing. Als Siebzehnjähriger beteiligte sich Wagner 1830 an den Straßenkämpfen in Leipzig. Seine ersten Kompositionen widmete er den polnischen Emigranten. In der Oper „Das Liebesverbot“ nahm Wagner einen Hauptgedanken des „Jungen Deutschland“ auf: Lebensbejahung und Sinnenlust triumphieren über staatliche Gesetze und religiöse Ordnungen. „Rienzi“ hat eine erfolglose Revolution zum Thema, im „Tannhäuser“ werden die erstarrten Lebens- und Kunstformen an den Fürstenhöfen kritisiert, die Urfassung vom „Ring des Nibelungen“ aus dem Jahr 1848 schildert den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit im Gewand der germanischen Sage. Lortzing schrieb 1848 die Revolutionsoper „Regina“.

Am Vorabend der Revolution zerfiel die liberale Bewegung in zwei miteinander verfeindete Lager. 1846 hatten sich in Baden die „Entschiedenen“ um Friedrich Hecker, Gustav Struve und Lorenz Brentano von den „Konstitutionellen“ um Johann Baptist Bakk, Karl Mathy und Friedrich Bassermann getrennt. Während jene die Gesellschaft demokratisieren und die Republik errichten wollten, traten diese für Reformen innerhalb des bestehenden Systems ein. Zwei Volksversammlungen im Herbst 1847: in Offenburg - hier tagten die Republikaner - und in Heppenheim - hier trafen sich die Gemäßigten - vertieften die Gegensätze zwischen beiden Gruppierungen und belasteten die Revolution von vornherein mit einer schweren Hypothek.